

DIE LINKE. / GEMEINSAM GEGEN SOZIALRAUB
DIE LINKE.KÖLN
FRAKTION IM RAT DER STADT KÖLN

Die Linke.Köln-Fraktion · Postfach 103564 · 50475 Köln

An die
Vorsitzende des Ausschusses
für Schule und Weiterbildung
Frau Gisela Manderla

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Haus Neuerburg
Gülichplatz 1-3 · 50667 Köln
Postanschrift:
Postfach 103564 · 50475 Köln
Tel: 0221/221-27840 · Fax: 0221/221-27841
e-mail: DieLinke.Koeln@stadt-koeln.de
Fraktionsvorstand

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/0378/2009

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

| Gremium | Datum der Sitzung |
|------------------------------------|--------------------------|
| Ausschuss Schule und Weiterbildung | 09.03.2009 |

Gesamtschulen in Köln

Sehr geehrte Frau Manderla,

das Verwaltungsgericht Köln hat im Zusammenhang mit der Prüfung eines Eilantrages der Stadt Bonn festgestellt, dass für die Einrichtung einer Gesamtschule nicht zwingend ein Drittel der angemeldeten Kinder eine Grundschulempfehlung für das Gymnasium besitzen müssen. Nach diesem Urteil ist es nicht mehr zulässig, dass die Bezirksregierung die Leistungsheterogenität einer Gesamtschule an eine exakte Zahlenvorgabe knüpft. Damit ist eine Hürde gefallen, mit der die Landesregierung bisher versucht hat, die Neugründung von Gesamtschulen zu verhindern.

Auch in Köln gibt es seit einigen Jahren sehr viele Schülerinnen und Schüler, die auf Grund des mangelnden Platzangebots an den Kölner Gesamtschulen auf eine andere Schulform wechseln müssen. So haben in Köln für das kommende Schuljahr von 2183 Eltern, die ihre Kinder auf eine der acht Gesamtschulen angemeldet haben, 861 Kinder eine Absage erhalten. An zwei Gesamtschulen wurden sogar mehr Kinder abgelehnt als aufgenommen. Auf Anfragen unserer Fraktion lehnte die Verwaltung bisher die Gründung einer weiteren Gesamtschule ab. Sie argumentierte mit der nicht erreichten Quote der Gymnasialempfehlungen, die eine unabdingbare Voraussetzung für eine Neugründung darstelle. Dieses Argument ist nun hinfällig. Die Fraktion DIE LINKE. Köln bittet deshalb die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele Schülerinnen und Schüler haben sich an den einzelnen Gesamtschulen in Köln angemeldet? Wie viele sind aufgenommen und wie viele abgelehnt worden? Wir bitten um eine tabellarische Auflistung.

2. Wie schätzt die Verwaltung die Entwicklung des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage nach einem Gesamtschulplatz für die kommenden Jahre ein?
3. In welchen Stadtteilen ist auch für die Zukunft der größte Bedarf festzustellen und was wird die Verwaltung unternehmen, um dem gesteigerten Bedarf in diesen Stadtteilen gerecht zu werden?
4. Welche Auswirkungen hat das Urteil des Verwaltungsgerichtes in Köln für die Gründung weiterer Gesamtschulen in Köln?

Mit freundlichen Grüßen
Gez. Özlem Demirel
Fraktionsmitglied